

# Finnland

Tuomas Iso-Markku

Nachdem die finnischen Wählerinnen und Wähler im April 2015 über die Zusammensetzung des nationalen Parlaments abgestimmt hatten, wurde unter der Führung von Wahlgewinner Juha Sipilä eine Regierungskoalition gebildet, der außer Sipiläs Zentrumsparlei auch die liberal-konservative Nationale Sammlungspartei und die rechtspopulistischen Basisfinnen angehören. Damit wurden die Basisfinnen erstmals in der Geschichte der Partei Teil einer Regierungskoalition. Im gemeinsamen Regierungsprogramm<sup>1</sup> verpflichteten sich die Koalitionspartner zur Initiierung von umfassenden Strukturreformen und einem strengen Sparprogramm. Mehr Geld versprachen sie nur für die Landesverteidigung und die Wahrung der inneren Sicherheit.

Mit der Regierungsbeteiligung der Basisfinnen bekam die finnische Europapolitik einen kritischeren Anstrich, zu einem radikalen Wandel kam es jedoch nicht. In ihrem Programm sprach sich die Regierung unter anderem für die Vertiefung des europäischen Binnenmarktes, die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, eine Verstärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und eine neue Europäische Sicherheitsstrategie aus.<sup>2</sup> Gleich in den ersten Monaten der Legislaturperiode wurden die Regierung und ihre Europapolitik jedoch auf eine harte Probe gestellt, als sich zuerst die finanzielle und politische Krise in Griechenland zuspitzte und kurz daraufhin die Flüchtlingskrise auch Finnland erreichte.

## Ein finnisch-griechisches Euro-Drama

Die Euro-Rettungspakete wurden in Finnland von Anfang an sehr kontrovers aufgenommen. Der hartnäckige Widerstand in der finnischen Bevölkerung gegen die Rettungspakete hatte den Basisfinnen im Jahr 2011 zu einem spektakulären Wahlerfolg verholfen. Aufgrund ihrer kompromisslosen Haltung hatte die Partei damals jedoch auf eine Regierungsbeteiligung verzichten müssen. Als die Spekulationen über ein mögliches drittes Rettungspaket für Griechenland im Frühjahr 2015 begannen, betonte Parteichef Timo Soini wieder, dass seine Partei einem weiteren Griechenland-Paket nicht zustimmen würde.<sup>3</sup> Gleichzeitig wollte Soini aber seinen Weg in die Regierung nicht noch einmal versperren. Am Ende akzeptierten die Basisfinnen einen Kompromiss, der ihren Vorbehalten Rechnung trug, ohne eine weitere Verwendung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ganz auszuschließen.<sup>4</sup>

---

1 Prime Minister's Office Finland: Finland, a land of solutions. Strategic Programme of Prime Minister Juha Sipilä's Government, 29 May 2015, in: Government Publications 12/2015, 29. May 2015.

2 Prime Minister's Office Finland: Finland, a land of solutions, 2015, S. 34-35.

3 YLE Uutiset: Finns Party's Soini vows to oppose further Greek bailouts – if in government, 28.3.2015.

4 Prime Minister's Office: Finland, a land of solutions, 2015, S. 34.

Als die Verhandlungen zwischen Griechenland und den Gläubigern ihre heißeste Phase erreichten, erwies sich Finnland erwartungsgemäß als einer der schwierigsten Verhandlungspartner.<sup>5</sup> Tatsächlich hielt die Regierung die von Griechenland am 9. Juli 2015 vorgebrachten Reformvorschläge für unzureichend und befürwortete einen vorläufigen Ausschluss des Landes aus der Eurozone. Finnlands harte Linie wurde vor allem auf den Druck der Basisfinnen zurückgeführt, aber von der gesamten Regierungskoalition getragen.<sup>6</sup>

Finnland wollte sich aber nicht als einziges Land querstellen, als sich allmählich ein Konsens über ein neues Rettungspaket abzeichnete.<sup>7</sup> Auch die Basisfinnen billigten die Eröffnung von formalen Verhandlungen über ein neues Griechenland-Paket. Den für seine Partei sehr bitteren Entschluss begründete Parteichef Soini damit, dass er keine Regierungskrise auslösen wollte. Er wies auch darauf hin, dass andere Mitgliedstaaten Finnland notfalls mithilfe des Dringlichkeitsverfahrens des ESM hätten überstimmen können. Zudem brachte er sicherheitspolitische Argumente ins Spiel.<sup>8</sup>

### Uneinigkeit in der Flüchtlingskrise

Flüchtlings- und Migrationspolitik gehörten neben der Euro-Rettungspolitik von vornherein zu den Bereichen, in denen die Regierungsparteien Kompromisse finden mussten. Während dies bei den Koalitionsverhandlungen noch gelang, gestaltete sich die Kompromissfindung in der Koalition im Laufe der Flüchtlingskrise immer schwieriger. Der Plan, Griechenland und Italien durch die Verteilung von 40.000 Asylbewerbern unter den restlichen Mitgliedstaaten zu entlasten, führte innerhalb der finnischen Regierung sofort zu Missklängen. Die Basisfinnen waren gegen die Verteilung und unterstrichen, dass solche Schritte nur auf freiwilliger Basis erfolgen sollten. Ihre Koalitionspartner waren dagegen bereit, einem temporären Verteilungsmechanismus zuzustimmen.<sup>9</sup> Am Ende einigten sich die Mitgliedstaaten auf die Verteilung von etwa 55.000 Asylbewerbern und Flüchtlingen. Finnland wurde dabei ein Kontingent von insgesamt 1.085 Personen zugeteilt.<sup>10</sup>

Konkret erreichte die Flüchtlingskrise Finnland im September 2015, als sich die Zahl der ankommenden Asylsuchenden schnell vervielfachte: Während im Jahr 2014 insgesamt nur 3.651 Asylanträge in Finnland gestellt worden waren<sup>11</sup>, kamen allein im September 2015 über 10.000 Asylbewerber an, die meisten über Schweden. Im Grenzstädtchen Tornio wurde eilig ein Registrierungszentrum errichtet und Kontrollen an der Grenze verschärft. Auf die Einführung von formellen Grenzkontrollen verzichtete die Regierung jedoch, obwohl Innenminister Petteri Orpo von der Sammlungspartei sogar die Schließung der finnischen Grenzen als Möglichkeit erwägte.<sup>12</sup>

---

5 David Francis: Tiny Finland Could Complicate New Greek Bailout Deal, in: ForeignPolicy.com, 13.7.2015.

6 Riikka Uosukainen: Kolmen Ässän tulikaste – miten tiukka Kreikka-linja syntyi?, in: YLE Uutiset, 25.7.2015.

7 Uosukainen: Kolmen Ässän tulikaste, 2015.

8 Martta Nieminen: Soini perusteli tukipaketin hyväksymistä: Kreikka vaarassa hajota sisältä, in: Helsingin Sanomat, 16.7.2016.

9 Tiina Saari: Suomi vatuloi Välimeren turvapaikanhakijoiden pakkosiiroista, in: Kauppalehti, 24.6.2015.

10 Sisäministeriö: Euroopan muuttoliikeagenda: Miten EU vastaa Välimeren pakolaistolanteeseen?, abrufbar unter: [http://www.intermin.fi/fi/eu-asiat/eu\\_muuttoliikeagenda](http://www.intermin.fi/fi/eu-asiat/eu_muuttoliikeagenda) (letzter Zugriff: 27.6.2016).

11 Für die Zahlen siehe Maahanmuuttovirasto: Turvapaikanhakijat, 1.1.-31.12.2014.

12 Alberto Claramunt: Petteri Orpo: Pakolaiskriisi huutaa eurooppalaista sopimusta – kiintiöistä ratkaisu rajapaineisiin, Verkko uutiset, 21.9.2015.

Stets betonte die Regierung, dass für die Krise eine europäische Lösung gefunden werden müsse. Ihr Hauptaugenmerk richtete sie dabei auf die Verstärkung der Sicherung der EU-Außengrenzen und die Registrierung der ankommenden Asylbewerber.<sup>13</sup> Die Verteilung von Asylbewerbern zwischen den Mitgliedstaaten blieb dagegen umstritten: Als die Innenminister am 22. September 2015 über die Verteilung von 120.000 Asylbewerbern entschieden, enthielt sich Finnland auf Druck der Basisfinnen. Trotz der Enthaltung signalisierte die Regierung, dass Finnland bereit sei, die ihm zugeteilten Asylbewerber aufzunehmen.<sup>14</sup>

Der Vorschlag zur Einrichtung eines europäischen Grenz- und Küstenschutzes fand in der finnischen Regierung vorsichtig Unterstützung. Gleichzeitig betonte die Regierung, dass jeder Mitgliedstaat für seine eigenen Grenzen selbst zuständig sei.<sup>15</sup> Wie auch die anderen nordischen Regierungen verabschiedete die finnische im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise eine Reihe von Maßnahmen, die Finnlands Asylpolitik deutlich verschärfen.<sup>16</sup>

Die Zahl der in Finnland ankommenden Asylbewerber nahm deutlich ab, nachdem Schweden im November 2015 Grenzkontrollen einfuhrte. Ab Dezember 2015 kamen aber immer mehr Asylbewerber über die finnisch-russische Grenze. In Finnland wurde gerätselt, warum Russland anders als zuvor Personen ohne Schengen-Visum ins Grenzgebiet ließ.<sup>17</sup> Es war von organisierter Kriminalität und sogar von einer hybriden Operation gegen Finnland die Rede.<sup>18</sup> Verteidigungsminister Jussi Niinistö von den Basisfinnen ließ sich zu der Einschätzung hinreißen, der Zuzug über die Ostgrenze stelle Finnlands größte Herausforderung dar.<sup>19</sup> Das Thema stand hoch auf der Tagesordnung von bilateralen Treffen zwischen finnischen und russischen Politikern. Bei einem Treffen zwischen den Präsidenten Sauli Niinistö und Wladimir Putin im März 2016 wurde entschieden, dass die zwei nördlichsten Grenzübergänge zwischen den Ländern vorläufig nur finnischen, russischen und weißrussischen Staatsbürgerinnen und -bürgern zugänglich sein sollten. Danach ebnete der Zuzug schnell ab.

### Sicherheitspolitische Solidarität

Etwas reibungsloser lief es für die Regierung im Bereich der GSVP. Als Frankreich nach den Terrorangriffen in Paris um die Aktivierung der Beistandsklausel des Vertrags über die Europäische Union (EUV) bat, löste dies in Finnland große Aufregung aus. Als Nicht-NATO-Mitglied hatte Finnland schon länger die Rolle der Europäischen Union als Sicherheitsgemeinschaft hervorgehoben und dabei besonders auf die Beistands- und Solidaritätsklausel hingewiesen. Die Ukrainekrise und die Spannungen zwischen Russland und dem Westen haben dieser Rolle zusätzliche Bedeutung verliehen. Folglich war es für Finnland sehr wichtig, Frankreich beizustehen. Daher verlängerte Finnland seinen Einsatz bei der internationalen Ausbildungsmission im Irak sowie der UNIFIL-Mission im Libanon und

13 Hallituksen turvapaikkapolitiinen toimenpideohjelman, 8.12.2015.

14 Maria Stenroos: Näkökulma: Suomi äänesti kuin strutsi, in: YLE Uutiset, 24.9.2015.

15 Turun Sanomat: Suomi pitäisi EU: n rajajoukot jäsenmaiden ohjaksissa, 22.1.2016.

16 Olli Pohjanpalo: Orpo: Suomi kiristää turvapaikkalinjaansa muiden Pohjoismaiden tasolle, in: Helsingin Sanomat, 1.10.2015.

17 Uusi Suomi: Sauli Niinistöltä tiukka viesti Venäjälle: ”Ei tulisi olla oikeutta valita”, 13.2.2016.

18 Antti Honkamaa: Ex-sisäministeri Räsänen: Suomen itärajat tilanne viittaa Venäjän hybridisotaan, in: Ilta-Sanomat, 26.1.2016.

19 Maria Stenroos: Puolustusministeri Niinistö: Turvapaikanhakijoiden tulo itärajalta on Suomen vakavin haaste, in: YLE Uutiset, 11.2.2016.

gewährte Frankreich Flugstunden aus seinem nationalen Kontingent.<sup>20</sup> Frankreichs Gesuch brachte jedoch auch eine praktische Hürde zum Vorschein: Finnlands eigene Gesetze hätten es nämlich nicht erlaubt, Frankreich direkte militärische Hilfe zu leisten. Eine interministerielle Arbeitsgruppe hatte zwar schon im Jahr 2013 vorgeschlagen, die Gesetzgebung zu ändern, ein entsprechender Gesetzentwurf war jedoch nicht dem Parlament vorgelegt worden. Der Entwurf wurde nun im Juni 2016 vorgestellt.

Die politisch schwierigeren Fragen galten nach wie vor der Möglichkeit eines finnischen NATO-Beitritts. Eine von der Regierung zusammenberufene Expertengruppe listete in ihrem im April 2016 veröffentlichten Bericht die möglichen Auswirkungen eines Beitritts auf.<sup>21</sup> Große Aufmerksamkeit erhielt auch die Beteiligung von US-amerikanischen Truppen an Militärübungen in Finnland.

### **Ausblick**

Die größte Herausforderung für die finnische Regierung bleibt weiterhin Finnlands Wirtschaftslage, die sich nur wenig verbessert hat. Gleichzeitig haben viele der von der Regierungskoalition initiierten Sparmaßnahmen und Reformen großen Widerstand hervorgerufen. Ein kleiner Zwischensieg für die Regierung war die nach monatelangen Verhandlungen erfolgte Unterzeichnung des sogenannten ‚Wettbewerbsfähigkeitspaktes‘, der unter anderem längere Arbeitszeiten bei gleichem Gehalt vorsieht. Im Gegenzug sollen die Arbeitnehmer mit Steuersenkungen belohnt werden.

Die Schwierigkeiten der Regierung spiegeln sich in den Popularitätswerten der Regierungsparteien wieder, die deutlich abgenommen haben. Dies trifft vor allem auf die Basisfinnen zu, die in den Umfragen unter die 10-Prozentmarke abgerutscht sind.<sup>22</sup> Auch die Sammlungspartei hat an Unterstützung verloren, was Parteichef und Finanzminister Alexander Stubb seine Ämter kostete: Er wurde im Juni 2016 in beiden Ämtern von Innenminister Petteri Orpo abgelöst.

### **Weiterführende Literatur**

Tuomas Iso-Markku: Finland – Pro-European arguments prevail despite the rise of Euroscepticism, in: Karlis Bukovskis (Hrsg.): Euroscepticism in Small EU Member States, Rīga 2016.

David Mac Dougall: The trouble with Finland's treble coalition: Can unlikely partners find an enduring common ground?, in: Politico, 16.9.2015, abrufbar unter: <http://www.politico.eu/article/the-trouble-with-finlands-treble-coalition/> (letzter Zugriff: 16.9.2016).

---

20 Suomen pysyvä edusto Euroopan unionissa: Tuomas Koskeniemi: Kultainen sääntö puolustuspolitiikan ohjenuorana, abrufbar unter: <http://www.finland.eu/Public/default.aspx?contentid=342668&culture=fi-FI> (letzter Zugriff: 27.6.2016).

21 Ministry for Foreign Affairs: The Effects of Finland's Possible NATO Membership: An Assessment, 29.4.2016.

22 Anne Orjala: Keskusta palasi niukasti piikkipaikalle – vihreät porskutti ennätyslukemiin, in: YLE Uutiset, 8.6.2016.